



Lothar Riebsamen

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter des Wahlkreises Bodensee



Andreas Jung

Mitglied des Deutschen Bundestages
Abgeordneter des Wahlkreises Konstanz

PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 25. Februar 2021

CDU-Abgeordnete diskutieren mit Landwirten

Die Bundestagsabgeordneten Lothar Riebsamen (Bodensee) und Andreas Jung (Konstanz) haben am 24. Februar in einer Video-Konferenz mit Landwirten aus der Bodenseeregion über das von der Bundesregierung eingebrachte Insektenschutzgesetz diskutiert. Hierzu konnten die Abgeordneten als Gesprächspartner auch Alois Gerig, Vorsitzender des Ausschusses für Landwirtschaft und Verbraucherschutz gewinnen.

Die Abgeordneten stellten klar, dass es einen erfolgreichen Insektenschutz nur mit und nicht gegen die Landwirtschaft geben kann. „Wir setzen auf Partnerschaft und auf Kooperation“, so Lothar Riebsamen in seinem Eingangsstatement. Nur so könnten Artenvielfalt und regionale Produkte gesichert werden. Beides gehöre zur Nachhaltigkeit - genauso wie verlässliche Perspektiven für die bäuerlichen Familienbetriebe.

„Wir haben durchgesetzt, dass der baden-württembergische Weg weiter gegangen werden kann und partnerschaftliche Vereinbarungen nicht untergraben werden. Ohne Bauern vor Ort gibt es weder Obst vom Bodensee noch Gemüse von der Reichenau“, erklärte Andreas Jung für die Landesgruppe der baden-württembergischen CDU-Bundestagsabgeordneten.

Alois Gerig erläuterte den Kompromiss und betonte den kooperativen Ansatz, den die Union durchgesetzt hat. Die Bundesregierung habe explizit diesen Grundsatz im Gesetz integriert. Gleichzeitig erinnerte er auch daran, dass Landwirte immer noch in erster Linie Produzenten von Lebensmitteln seien, die wir dringend bräuchten. „Es macht keinen Sinn immer mehr Produkte zu importieren, sondern sie müssen auch in Zukunft hier bei uns produziert werden können“, so Gerig.

Die Landwirte dankten den Abgeordneten für ihren Einsatz, wiesen allerdings darauf hin, dass in der Diskussion zur Zukunft der Landwirtschaft dringend faktenorientiert statt ideologisch argumentiert werden müsse. Es gelte, die Leistungen der Landwirtschaft für eine naturverträgliche Produktion transparent zu machen und so auch gesellschaftliche Debatten zu prägen.

Eine Teilnehmerin regte an ein Siegel, wie das gesetzlich eingeführte Tierwohlabel, auch für den Obst- und Gemüseanbau zu etablieren. Hier könnte der Verbraucher genau sehen, welches Produkt mit den höchsten Umwelt- und Sozialstandards hergestellt wurde. Deutlich war in der Diskussion auch die Furcht vieler Landwirte zu hören, wie nachfolgende Generationen die Familienbetriebe bewirtschaften sollen, wenn immer mehr Steine in den Weg gelegt werden würden.